

■ Konzepte - Beschwörungen

Magdalena Bainczyk

Es ist seit langem bekannt, dass die Erzählung in der Politik von entscheidender Bedeutung ist und dass spektakuläre Erfolge mit der Förderung von Bildern/Ideen/Konzepten verbunden sind, die nicht unbedingt die Realität abbilden, sondern sie lediglich nach der Vorstellung des Autors erschaffen. Zweifelsohne sind die Deutschen Meister in der Erschaffung solcher Ideen - Ideen, zu denen beispielsweise der „Wandel durch Handel“ gehört, der jahrelang das deutsch-russische Wirtschaftsbündnis rechtfertigte.

In jüngerer Zeit haben im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine zwei neue Konzepte Karriere gemacht: „Zeitenwende“ und „Führungsübernahme“, die beide aus polnischer Sicht zumindest fragwürdig sind.



Das Konzept der „Zeitenwende“ ist Teil des Krisenmanagements Deutschlands, das im Gegensatz zu Polen seit Jahrzehnten eine sehr kohärente und langfristig angelegte Außenpolitik betreiben kann, und zwar mit Hilfe ausgeklügelter Institutionen, die „Ideen“ und „Prinzipien“ für die Umsetzung dieser Politik im Einklang mit den staatlichen Interessen fördern.



Redaktion:
David Engels
Justyna Schulz
Stanisław Żerko

Nr. 8.2022
6.12.22

Die „Kommentare aus dem Westinstitut“ sind auch verfügbar über :
NEWSLETTER IZ
FACEBOOK
SCRIBD
LINKEDIN
TWITTER

Die „Kommentare“ geben nur die Meinung ihres Verfassers und nicht des Instituts wieder.

Hinzu kommt, dass diese Politik nach der Prioritätensetzung durch das Bundeskanzleramt nicht nur vom Auswärtigen Amt umgesetzt wird, sondern auch von zahlreichen Einrichtungen, die teils direkt, teils indirekt mit dem Staat verbunden sind (z.B. politische Stiftungen) und aus dem Bundeshaushalt hoch dotiert werden. Die deutsche Außenpolitik unterliegt in der Regel einem parteiübergreifenden Konsens, was sich zum Beispiel in der EU-Politik oder in der Frage der Reparationen an Polen zeigt. Der Fall der russischen Aggression gegen die Ukraine ist insofern eine Besonderheit, als es hier zwischen den politischen Parteien immerhin eine gewisse Kontroverse über den Modus Operandi gab. Dies beeinträchtigt jedoch nicht die Förderung des Konzepts der „Zeitenwende“ in den Außenbeziehungen.

Ich möchte im Folgenden die Aufmerksamkeit auf die Fähigkeit der deutschen Behörden lenken, Narrative zu schaffen und „Ideen“, „Slogans“ oder „Prinzipien“ zu fördern, die allesamt dazu dienen, die Aufmerksamkeit von den für Deutschland negativen Aspekten auf positive oder zumindest neutrale Aspekte zu lenken. Beispiele für diese Art der Kommunikation sind die deutschen Begriffe „Vergangenheitsbewältigung“ (anstatt strafrechtlicher und politischer Verantwortlichkeit der internationalen Täter), „ex gratia“-Leistungen (anstatt Entschädigung der Opfer) und natürlich „Versöhnung“.

Auch die „Zeitenwende“ - immerhin ein neutraler Begriff - verdeckt in Wirklichkeit ein für Deutschland sehr unangenehmes Bild seiner eigenen Politik vor und nach dem 24. Februar 2022: Ein Jahrzehnt des Vorrangs wirtschaftlicher Interessen, die, wie sich herausstellte, völlig falsch definiert und verfolgt wurden, und das tragische Schweigen über die Verletzung des Völkerrechts und der Menschenrechte in der Ukraine, insbesondere nach der Annexion der Krim, deren Achtung ja im Prinzip der Rechtsstaatlichkeit verankert ist.

Dieser Grundsatz ist übrigens auch zu einer „Krücke“ und einem Vehikel nicht nur für die deutsche, sondern dann auch das EU-Narrativ geworden - und beschränkt sich auch weitestgehend auf bloße rhetorische Beschwörungen, wie die Versäumnisse sowohl Deutschlands als auch der EU nicht nur gegenüber der Ukraine nach dem 24. Februar 2022, sondern auch gegenüber Polen als „Frontstaat“ zeigen. Es bleibt zu hoffen, dass diese Versäumnisse in Polen nicht die gleichen tragischen Auswirkungen haben werden wie in der Ukraine, und somit nicht durch eine weitere Beschwörung eines neuen deutschen Narrativs nach Art der „Zeitenwende“ vertuscht werden müssen.

Das deutsche Krisenmanagement mithilfe des Begriffs „Zeitenwende“ ist dabei nicht etwa um Warschau willen notwendig geworden, das sowieso hoch oben auf der politischen Proskriptionsliste Deutschlands und der EU steht, sondern vielmehr um eines erheblichen Imageschadens willen, der mittel- und langfristig die Position Deutschlands in der gesamten Region östlich der Oder negativ beeinflussen kann. Es stellt sich jedoch die Frage, ob Polen in der Lage sein wird, dieses vorübergehende,

durch den deutschen Image-Schaden hervorgerufene politische „Transferfenster“ zu nutzen und die Initiative zu ergreifen.

Dies würde jedenfalls eine außenpolitische Logistik erfordern, über die Polen nicht verfügt; einen parteiübergreifenden Konsens, der nicht in Sicht ist (schließlich wird jede Kritik Deutschlands von einem Teil des polnischen Establishments als Ausdruck von Germanophobie und verrücktem Nationalismus abqualifiziert); eine klare Definition der langfristigen Prioritäten der polnischen Außenpolitik; die Schaffung von Narrativen und Slogans gerade nach Art der „Zeitenwende“; und schließlich die Umsetzung dieser Punkte durch ein ganzes Netz miteinander verbundener, gut koordinierter, straff geführter und hochfinanzierter diplomatischer (und nicht nur diplomatischer) Vertretungen auf zwischenstaatlicher wie EU-Ebene. Aus der Sicht der polnischen Staatsraison wäre eine solche außenpolitische Kapazität höchst wünschenswert, ob es dazu kommen wird, stimmt zumindest skeptisch.

Eine weitere „Begriffsklausel“, die aus analytischer Sicht noch interessanter ist als die „Zeitenwende“, ist die „Führungsübernahme“. Denn sie stellt ein weiteres wichtiges Instrument des rhetorischen Krisenmanagements dar, um das faktische Lagebild zu überspielen und offensiv eine für Deutschland günstige Situation zu schaffen. Dieses Konzept ist zugleich eine hervorragende Illustration des deutschen Selbstbewusstseins. „Wir Deutsche“ haben jahrzehntelang eine verfehlte Politik betrieben; wir haben ihre Befürworter nicht zur Rechenschaft gezogen; wir wollen diejenigen, die am meisten unter dieser Politik leiden und Gesundheit und Leben opfern, keinesfalls so sehr unterstützen, wie es unseren wirtschaftlichen Möglichkeiten entspricht; wir werden denjenigen, die am meisten helfen, sogar das Leben möglichst erschweren - aber wir werden die Führung übernehmen, in allem und in allen Bereichen.

Aus polnischer Sicht erscheint es dabei besonders pikant, dass Deutschland bei der Rechenschaftslegung über internationale Verbrechen, die von den Russen in der Ukraine begangen wurden, eine Vorreiterrolle spielt, während die Bilanz der Aufarbeitung der Verbrechen des Dritten Reiches durch die westdeutsche Justiz erbärmlich ist, wie die zahlreichen Veröffentlichungen deutscher Historiker zeigen, die zudem erst relativ spät, im 21. Jahrhundert, geschrieben wurden. Trotzdem übernimmt Deutschland nunmehr die Verantwortung für die Einrichtung eines internationalen Sondertribunals. Ein Paradoxon? Eher ein weiterer Sieg der deutschen Außenpolitik.

Hier stellt sich die Frage: Warum sollte Deutschland eigentlich die europäische Führung im Umgang mit dem Krieg in der Ukraine übernehmen? Warum ergreift niemand sonst die Initiative, der einen echten Einfluss auf die Lage in der Ukraine hat, wie z. B. das Vereinigte Königreich? Vielleicht geht es bei dieser Frage gar nicht nur um Deutschland, sondern auch um andere europäische Länder, vor allem jene,



die sich durch Passivität auszeichnen - und somit nicht nur um den Krieg in der Ukraine, sondern auch die künftige Gestaltung der europäischen Integration.

Illustration: <https://www.flickr.com/photos/oscepa/42369343135>

Instytut Zachodni
im. Zygmunta Wojciechowskiego
ul. Mostowa 27A, 61-854 Poznań

tel. +48 61 852 76 91, fax. +48 61 852 49 05
email: izpozpl@iz.poznan.pl
www.iz.poznan.pl